

Die FDK bekräftigt ihre Unterstützung der Unternehmenssteuerreform.

Medienmitteilung

Bern, 6. Oktober 2016. Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) setzt sich für die Unternehmenssteuerreform III (USR III) ein. Die USR III ist für den Standort Schweiz wichtig. Ihre Ablehnung würde Arbeitsplätze gefährden und grössere Löcher in die Kassen von Kantonen und ihren Gemeinden reissen.

- Nichtstun ist keine Option und käme die Schweiz teurer zu stehen. Es stehen zehntausende Arbeitsplätze sowie 5.4 Mrd. Franken Gewinnsteuereinnahmen (Bund, Kantone, Gemeinden) der heute privilegiert besteuerten Gesellschaften auf dem Spiel. Bei den Kantonen und ihren Gemeinden ist das ein Fünftel, beim Bund die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen. Die heute privilegiert besteuerten Gesellschaften wenden fast die Hälfte der gesamten privaten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in der Schweiz auf. Gefährdet sind ausserdem Arbeitsplätze namentlich in KMU, welche von diesen Gesellschaften profitieren, sowie die Einkommens- und Vermögenssteuern ihrer Angestellten.
- Die Reform bringt der Wirtschaft die dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit. Dafür nehmen die heute privilegiert besteuerten Gesellschaften höhere Steuern in Kauf.
- Die Abschaffung der international kritisierten kantonalen Steuerstatus ist unausweichlich. Sie schafft die Gleichbehandlung in der Besteuerung der Unternehmen.
- Zwar stellen die finanziellen Auswirkungen der USR III die Haushalte der Kantone und ihrer Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Aber:
 - Der erhöhte Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer verschafft den Kantonen und ihren Gemeinden finanziellen Spielraum.
 - Die ausgewogene Reform enthält mehrere Sicherungen: Die Begrenzungen der Gesamtentlastung, der Entlastung in der Patentbox und der Förderung von Forschung und Entwicklung sowie die bedingte Möglichkeit für die Kantone zur Einführung einer eingeschränkten zinsbereinigten Gewinnsteuer mindern zusammen mit den Bremsen des Finanzausgleichs die finanziellen Risiken der Reform.

Kontakt:

- Regierungsrat Charles Juillard, Präsident FDK, +41 79 722 39 72
- Regierungsrätin Eva Herzog, Vizepräsidentin FDK, +41 79 790 34 79